

Bezirksausschuß 3 Maxvorstadt

Lokales Organ der Landeshauptstadt München

Klaus Bäumler, Vorsitzender

BA Geschäftsstelle Tal 13, 80331 München

Tel 2280 2673, Fax 2280 2674 (Frau Harlander)

NS-Dokumentationszentrum in München

Stellungnahme des BA Maxvorstadt

10. Februar 2003

Basierend auf den Ergebnissen des Symposiums und der Besprechung in der Arbeitsgruppe vom 23. Januar 2003 gibt der BA Maxvorstadt folgende Stellungnahme ab und beantragt, diese der Stadtratsvorlage im vollen Umfang (nebst Anlagen) beizugeben. Angesichts der engen zeitlichen Disposition können nur einige wenige Punkte herausgegriffen werden.

1. Plädoyer für „Große Lösung“

Referate und Diskussion im Symposium ergaben ein eindeutiges Votum für die sog. Große Lösung, wie sie auch vom Münchner Stadtrat im Beschluß der Vollversammlung vom 18. Dezember 2002 gefordert wird. Der sog. Geschichtsweg kann als Annex ins Auge gefaßt werden, stellt jedoch für sich allein keine angemessene Alternative dar.

2. Frage des Ortes

Hier ist Grundlage der Beschluß und Antrag des BA Maxvorstadt vom 12. Dezember 2000 (Nr. 5470) mit dem Ziel, den Aufstellungsbeschluss für Bebauungsplan Nr. 1650 durch den Stadtrat aufheben zu lassen. Kern dieses Antrags ist es, die Überbauung der Fundamente der sog. Ehrentempel zu verhindern und zugleich die Grünflächen beidseits der Briener Straße zwischen Karolinenplatz und Meiser- / Arcisstraße öffentlich zu machen. Nach der Beschlußlage des BA Maxvorstadt kommt als Standort für das NS-Dokumentationszentrum der Umgriff des sog. Braunen Hauses (Nordseite der Briener Straße, Hausnummer 45 alt (!) nicht in Betracht.

Anzustreben ist vielmehr ein Situierung auf dem ehem. Süd-Ost-Gelände der Technischen Universität südlich der Gabelsbergerstraße gegenüber der Alten Pinakothek. Im Zuge der Überplanung dieses staatlichen Areals für Hochschule

Sprechstunde: Stadtteilbüro Schellingstr. 28a, 80799 München / Museumslinie Bus 53 (Schelling/Türkenstraße)

dienstags 18.00 - 19.00 Uhr oder nach Vereinbarung

Konto-Nr.: 190350.803 Postbank München - BLZ 700 100 80

Weitere Informationen: Im Internet über www.muenchen.de/ba/03

Vorsitzender: Klaus Bäumler
Kaulbachstr. 12
80539 München
Tel 28 00 586
Fax 28 78 89 34

Stellv.Vorsitzende: Christian Ketterle
Augustenstraße 31
80333 München
Tel 52 94 20 Tel 271 37 57
cketterle@aol.com

Martha Hipp
Georgenstraße 93
80798 München
martha_hipp@web.de

für Film und Fernsehen sowie für die Ägyptische Staatsammlung ist in das Raumprogramm auch das NS-Dokumentationszentrum einzubeziehen.

Mit Blick auf die bekannten Zeitvorgaben (Architektenwettbewerb noch 2003), sollte die Stadt München dieses Petitum in die Eckdaten des aufzustellenden Bebauungsplans (vor Auslobung des Wettbewerbs) einbringen.

3. Inhaltliche Forderungen

Welchen Rang München im Verhältnis zu Berlin in den Jahren nach 1933 eingenommen hat, kann nur ein marginaler Teilaspekt sein. Im Mittelpunkt stehen muß die Rolle Münchens für den „Aufstieg“ der NSDAP, die Sonderstellung Münchens als „Hauptstadt der Bewegung“, der „Stadt der Deutschen Kunst“ mit dem „Königlichen Platz“ und seinen Kult- und Sakralstätten.

Nicht von ungefähr schrieb Thomas Mann in seinem Brief vom Juni 1923 an die New Yorker Zeitschrift „The Dial“: „München ist die Stadt Hitlers, des deutschen Faschistenführers, die Stadt des Hakenkreuzes“.

Die Tradition der Reichsparteitage begann nicht in Nürnberg, sondern in München, am 27. Januar 1923, mit der anschließenden Bündelung der völkischen Kräfte („Deutscher Kampfbund“).

Zu den für München spezifischen Ereignissen zählt die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 auf dem Königsplatz. Hier ist anzumerken, daß im Rahmen der vom Institut für Deutsche Philologie der Universität München herausgegebenen Dokumentation „60 Jahre Bücherverbrennung“ das Universitätsarchiv (noch) nicht ausgewertet werden konnte (Edda Ziegler / Ulrich Dittmann (Hrsg). 60 Jahre Bücherverbrennung, München 1993, S. 192 „Die Akten des Universitätsarchiv waren uns nicht zugänglich“.)

Einen wichtigen inhaltlichen Aspekt stellt die **„Europäische Erinnerungsarbeit“** dar. Erinnerungsarbeit in Europa muß nationale Grenzen überschreiten. Gemeinsames Gedenken über Grenzen hinweg kann Gemeinsamkeit, kann Vertrauen schaffen. Entwicklung und Ausmaß der Verfolgung durch den NS-Terror, ausgehend von München, muß dargestellt werden. In Zusammenarbeit mit „Europa der Erinnerung“ sollten im Dokumentationszentrum vorhandene Ansätze (Europäisches Kunstprojekt „Wunden der Erinnerung“ von Beate Passow / Andreas von Weizsäcker; Luigi Nono „Canto Sospeso; Projekt der Münchner Philharmoniker mit Fachhochschule München, Scola di Pace Marzobotto) integriert und weiter verfolgt werden.

Prof. Roman Bleistein prägte den Begriff der **„Topographie des Münchner Widerstands in München“**. Es versteht sich von selbst, daß das gesamte Spektrum des Widerstands und des Widerstehens in München dokumentiert werden muß.

Bislang ist in der Diskussion um die inhaltliche Konzeption die **„Geschlechterperspektive in der NS-Erinnerungsarbeit“** nicht angesprochen worden. Insofern wird auf die beiliegende Stellungnahme, erarbeitet von **der Frauenbeauftragten des BA Maxvorstadt Irmgard Schmidt**, verwiesen.

4. Fragen der Finanzierung

In diesem Zusammenhang sind historische Vorgänge aufzuzeigen, die belegen, daß Freistaat Bayern und Stadt München gemeinsam besondere Verantwortung für die Finanzierung, auch in der Zeit nahezu leerer Kassen, tragen.

1961 hat die Stadt München vom Freistaat Bayern rund 12000 qm des Areals des ehemaligen Wittelsbacher Palais im Tausch gegen den Leopoldpark zum Bau des „Volkskulturhauses“ erworben. Exakt die Fläche von 4.200 qm auf der das Wittelsbacher Palais (Gestapozentrale seit Oktober 1933) gestanden hatte, blieb im Eigentum des Freistaats Bayern. Hier sollte nach dem Willen des Staates und der Stadt eine Grünanlage mit dem Löwendenkmal als Mittelpunkt gestaltet werden. Erst 1964 hat die Stadt München das in den Jahren 1934/35 erbaute Gestapogefängnis, das den Bombenhagel überstand, auf dem von ihr erworbenen Grundstücksareal abgebrochen. Mitte der 70-er Jahre verkaufte die Stadt München ihr Areal an die Bayerische Landesbank, um den Bau des Gasteig-Kulturzentrums zu finanzieren.

Im Einvernehmen mit dem Freistaat Bayern wurden die Planungen für eine zentrale Gedenkstätte am authentischen Ort, der Gestapozentrale, aufgegeben und zum Gasteig transferiert; dort wie bekannt nie realisiert.

Aus der Umwandlung der 4.200 qm großen Grünanlage in Baugrund für die Bayerische Landesbank zogen sowohl der Freistaat Bayern als auch die Stadt München guten Gewinn. Der Quadratmeter kostete Anfang der 70-er Jahre in diesem Bereich ca. 3000 DM (Quelle: Offenes Planungsverfahren für das Gelände des ehemaligen Wittelsbacher Palais am Oskar-von-Miller-Ring; Stadtentwicklungsreferat, München 1973; Klaus Bäuml, Topographie des NS-Terrors in München. Wittelsbacher Palais: Gestapo-Zentrale – Gestapo-Gefängnis, Hrsg. BA Maxvorstadt, 3. Aufl., München 2000).

Neben der finanziellen Beteiligung des Bundes sollte die Förderung durch das einschlägige Programm der EU in Brüssel in Anspruch genommen werden.

Die laufenden Kosten (Personalkosten) werden im IfZ-Gutachten auf 1,3 Millionen Euro jährlich geschätzt, die Besucherzahl auf jährlich 400.000. Ausgehend von diesen Zahlen sind allein aus den Eintrittsgeldern die Personalkosten mehr als gedeckt.

5. Besetzung des Kuratoriums

Wir bitten, sich dafür einzusetzen, daß dem Bezirksausschuß Maxvorstadt

ein Sitz im Kuratorium eingeräumt wird. Insoweit verweisen wir auf den Antrag des BA Maxvorstadt vom 19. März 2002 Nr. 7068, der mit Beschluß der Vollversammlung vom 3. Juli 2002 (Ifd. Nr. 7) aufgegriffen wurde und zur geschäftsordnungsgemäßen Behandlung noch ansteht.

Im Vollzug der einstimmigen Landtagsbeschlüsse vom 5. Dezember 2001 und 23. Januar 2002 sowie des Stadtratsbeschlusses vom 3. Juli 2002 trafen sich Staatsministerin Monika Hohlmeier und Oberbürgermeister Christian Ude am 21. Januar 2003 zu einem Gespräch über das weitere gemeinsame Vorgehen.

Hiernach soll als nächster Schritt ein Kuratorium eingerichtet werden, das sich bis Ende März konstituieren wird. Dem Kuratorium sollen nach Presseberichten angehören:

je ein Vertreter des Bundes, des Freistaates und der Stadt, sowie angesehene Vertreter der großen Parteien, Vertreter der drei Religionsgemeinschaften, ein Vertreter der Zeitzeugen-Generation, eine renommierte publizistische Persönlichkeit sowie kooptiert der Sprecher des künftigen Beirats. Das Kuratorium bestellt einen wissenschaftlichen Beirat.

Dem Vernehmen nach sollen Nachverhandlungen stattgefunden haben mit dem Ziel, auch die bürgerschaftliche Komponente in das Kuratorium einzubinden, wobei der sog. Initiativkreis und der Bezirksausschuß Maxvorstadt je einen Vertreter entsenden sollten. Das Ergebnis ist derzeit offiziell noch nicht bekannt.

Der Bezirksausschuß Maxvorstadt hat im Rahmen seiner Erinnerungsarbeit seit 1996 das Projekt eines NS-Dokumentationszentrum im Bereich des Königsplatzes zur Diskussion gestellt und auf den verschiedenen politischen Entscheidungsebenen mit Nachdruck verfolgt.

Wir würden es daher sehr bedauern, wenn unser Gremium und damit die unmittelbar gewählten Vertreter der örtlichen Bürgerschaft mit ihrer sachlichen und örtlichen Kompetenz unberücksichtigt blieben.

6. Anmerkungen zum Gutachten des Institut für Zeitgeschichte

Für eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem Gutachten ist hier kein Raum.

Problematisch ist es jedoch, wenn Begriffe der Nazi-Ära einfach übernommen werden – ohne diese in Anführungszeichen zu setzen („Braunes Haus“, „Drittes Reich“).

Angesichts der Zerstörungen fällt die Orientierung und Zuordnung bestimmter Häuser nicht leicht. Deshalb sollten z.B. in der Briener Straße die Hausnummern mit dem Zusatz „alt“ versehen werden, wenn die ursprüngliche Numerierung (U-Numerierung) verwendet wird.

Dies gilt insbesondere für die alte Hausnummer des „Braunen Hauses“, Briener Str. 45, die für die Standortfrage (S. 28, 32) besonders verwirrend sein kann.

Nur hinsichtlich der Münchner Gestapozentrale im Wittelsbacher Palais einige Anmerkungen:

Entgegen der Annahme des IfZ zog die Bayerische Politische Polizei nicht erst 1934 in das Wittelsbacher Palais, sondern bereits im Herbst 1933.

Das Wittelsbacher Palais erlitt 1944 keinen Totalschaden. Einrichtungen der Gestapo blieben trotz der nicht unbeträchtlichen Zerstörung im Wittelsbacher Palais. Richtig ist, daß sich die Adresse der Gestapoleitstelle München geändert hat (Dietlindenstraße). Um das Wittelsbacher Palais u.a. mit Notdächern zu sichern, wurde ein Außenlager des KZ-Dachau eingerichtet.

Das Gestapo-Gefängnis hatte den Bombenhagel weitgehend überstanden, so daß der Chef der Münchner Gestapo sogar eine Erweiterung des Gefängnisgebäudes durchsetzen wollte.

Ausgesprochen schief ist die Darstellung auf S. 33 des IfZ-Gutachtens (Legende zur Karte), wonach der „Neubau der Landesbank etwas versetzt“ zum Wittelsbacher Palais sei. Dies trifft nicht zu; der Neubau der Landesbank nimmt das gesamte 4.200 qm Grundstück des ehemaligen Wittelsbacher Palais ein. Nur der Anfang der 60-er Jahre errichtete Bau der Bayerischen Gemeindebank unmittelbar an der Brienner Straße wurde im ehemaligen Vorgarten des Wittelsbacher Palais errichtet.

Klaus Bäumlner

Vorsitzender

Anlage:

„Geschlechterperspektive in der NS-Arbeit“ von Irmgard Schmidt,
Frauenbeauftragte des BA Maxvorstadt.